

An die
Leitung der Agentur für Arbeit Neumünster
Wittorfer Str. 39, 24534 Neumünster

Von
Armin Kammrad,
Wellenburger Straße 16, 86199 Augsburg
(tätig im ehrenamtlichen Sozialdienst)

Augsburg, d. 12.06.2004

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit fordere ich Sie auf, Herrn Jürgen Habich weiterhin die zugesagte SAM zu bewilligen. Nach den mir vorliegenden Unterlagen ergibt sich keinerlei Begründung für einen Widerruf nach § 47 SGB X.

Ich habe ferner den Eindruck, dass in Ihrer Agentur Prozesse ablaufen, welche eine unabhängige Überprüfung, wenn nicht sogar die Entfernung verantwortlicher Mitarbeiter aus Entscheidungspositionen, dringend geboten erscheinen lassen.

Ich stelle dies aufgrund begrenzter Einsicht ausdrücklich als Vermutung dar, verbunden mit der Bitte um klärende Stellungnahme Ihrerseits. Was mir unabhängig davon bereits bekannt ist, ergibt ein ziemlich beängstigendes und durchgängig inakzeptables Bild, was sich durch folgende Punkte umreißen lässt:

1. Nach Widerspruchsbescheid vom 10.05.2004 bezog sich die SAM-Bewilligung für Herrn Habich auf die „*Betreuung von Erwerbslosen*“. Herr Brüggel stellt in seiner Begründung zum Widerruf fest, dass Jürgen Habich angeblich keine Betreuung von Erwerbslosen durchführte. Denn nur so kann die wörtliche Ausführung von Herrn Brüggel, „*dass der Arbeitnehmer Jürgen Habich mit nicht förderungsfähigen Arbeiten beschäftigt war bzw. ist*“, überhaupt im Sinne von § 47 SGB X gedeutet werden. Nach meiner Kenntnis entbehrt die Behauptung von Herrn Brüggel jeglicher sachlichen Grundlage.
2. Um der Behauptung von Herrn Brüggel zu widersprechen, ist es gar nicht notwendig detailliert die Tätigkeit der hier bestrittenen Betreuung von Erwerbslosen durch Herrn Habich zu kennen, bestätigt doch Herr Riggers in seinem Schreiben vom 30.04.2004 an den Vorstand der ELIA selbst, dass Herr Habich „*Amtsbegleitungen von Kunden in der Agentur Neumünster*“ durchführte. Insgesamt ergibt dieses Schreiben, dass es nur darum geht, dass die Betreuung von Erwerbslosen nicht im Sinne der Verantwortlichen der Agentur und nicht nach deren Vorstellungen von der Art und Weise der Betreuung durchgeführt wurde. Ein Bestreiten der als Betreuung von Erwerbslosen definierten SAM-Tätigkeit selbst, ist entsprechend ohne sachliche Substanz. Im Gegensatz zu den gesetzlichen Vorgaben von § 47 SGB X fehlt ferner für einen entsprechenden Widerruf, die Einhaltung der dafür notwendigen Rechtsvorschrift.
3. Da es sich bei der Tätigkeit des Herrn Habich um eine durch Strukturanpassungsmaßnahme gefördertes Arbeitsverhältnis handelt, gilt auch hier Arbeitsrecht. Es stellt – auch nach gängiger Rechtssprechung – eine Verletzung des für die Zusammenarbeit notwendigen Vertrauensverhältnisses dar, wenn bei nicht vertragsgemäßen Verhalten des Arbeitnehmers keine Abmahnung erfolgt, und dadurch dem Arbeitnehmer keine Chance zur Änderung seines Verhaltens gegeben wird. Auch § 47 SGB X setzt bei gültigem Widerruf Fristsetzungen zur Beseitigung voraus (vgl. dazu auch § 31 (1) VwVfG). Aber nicht nur in diesem Punkt verletzen die Verantwortlichen der Agentur die gesetzlichen Vorgaben
4. Aus dem Schreiben von Herrn Rigger vom 30.04.2004 an den Vorstand des ELIA e.V. geht eindeutig hervor, dass versucht wird die SAM-Förderung als Druckmittel gegen die ELIA e.V. zu benutzen. So wird gedroht, dass nicht termingerechte Bereitschaft von „*ausschließlich Mitglieder(n) des Vorstandes zu einem klärenden Gespräch*“, zur Einstellung aller „*laufenden Zahlung bis zur Klärung*“ führt. Damit wird deutlich zum Ausdruck gebracht, dass die Rücknahme der SAM-Bewilligung unabhängig von der Haltung der ELIA zur Arbeit von Herrn Habich ist und ausschließlich auf die kritikwürdige Haltung der Verantwortlichen der Agentur zurückzuführen ist.
5. Der Widerruf der Bewilligung wurde nach einem „*klärenden Gespräch*“, bei dem neben einem Vertreter des Vorstands der ELIA e.V. von Seiten der Agentur Herr Riggers und Herr Hauschildt anwesend waren, verfasst (Bescheid 10.05.2004). Dass es sich um kein kooperatives Gespräch gehandelt hat, geht nicht nur aus der oben dargestellten Drohung gegen die ELIA hervor, sondern auch, dass die Vertreter der Agentur ihre unzulässigen Begründungen bereits als

Gesprächsvoraussetzung, als „Tatsachen“ darstellen, welche sie „in dem klärenden Gespräch dar(legten)“ (a.a.O.). Ist schon die Behauptung, Herr Habich habe keine förderungsfähige Arbeit zur Betreuung von Erwerbslosen durchgeführt, völlig unbewiesen, so zeigt die zweite Begründung im Widerrufbescheid, dass es offensichtlich der Agentur bei der SAM-Vergabe gar nicht um die Betreuung von Erwerbslosen ging. Es wird dort nämlich behauptet:

6. „Ferner wurde die Maßnahme insgesamt nicht ordnungsgemäß durchgeführt“ (Bescheid 10.05.2004). Was sollte aber eine ordnungsgemäße und förderungsfähige Durchführung beinhalten? Den hier erwähnten Antrag vom 18.12.2001, wo die Tätigkeit festgelegt worden wäre (a.a.O.), kenne ich nicht. Decken sich die dortigen Festlegungen allerdings tatsächlich mit dem, was jetzt geltend gemacht wird, so lag damals schon eine Einschränkung der Bewilligung auf Punkte vor, die gerade nicht einer vorrangigen Betreuung von Erwerbslosen entsprachen und statt dessen Erwerbslosenbetreuung ausschließlich auf die Wünsche der Agentur reduzierten.
7. Nicht ordnungsgemäße Durchführung der Betreuungsmaßnahmen bestünde angeblich in Folgendem: „Zusammenfassend entsteht der Eindruck, dass Herr Habich seine Tätigkeit für die ELIA e.V. vernachlässigt und zugunsten der Tätigkeit für SOGA e.V. durchführt.“ (Schreiben 30.04.2004). Was ist daran falsch, wenn es eine effektive Betreuung der Erwerbslosen ermöglicht? Schließlich handelt es sich bei beiden Vereinen um Erwerbsloseninitiativen, weshalb solche Gegenüberstellung konstruiert erscheint. Die Antwort liegt ganz offensichtlich darin, dass die SOGA e.V. unabhängig ist und die ELIA e.V. von der Agentur abhängig ist bzw. durch Drohungen in Abhängigkeit gehalten wird.
8. Dies hat jedoch nichts mit einer Betreuung von Erwerbslosen zu tun, sondern stellt nur einen Versuch dar, durch Drohungen die Erwerbslosenarbeit in den Rahmen zu pressen, der ausschließlich von den Vorstellungen Ihrer Agentur bestimmt ist. Entsprechend ist es gerade Herr Habich, der Erwerbslose betreut, wogegen der Widerrufbescheid nur als Versuch gewertet werden kann, substantielle Erwerbslosenbetreuung zu verhindern. Auch deshalb hat der Widerrufbescheid keine sachliche Grundlage in § 47 SGB X.
9. Der evtl. Einwand, Erwerbslosenbetreuung soll nach den Vorstellungen der Agentur „nur“ anders aussehen als die von Herrn Habich, verfehlt den Streitgegenstand. Erwerbslosenbetreuung muss immer die Bedürfnisse der Betroffenen berücksichtigen. Eine Reduzierung auf die Wünsche der Agentur stellt allein noch keine Erwerbslosenbetreuung dar. Es ist vielmehr Aufgabe der Agentur durch möglichst starke Berücksichtigung der Erwerbsloseninteresse (Stichwort: „Fördern“) Betreuer wie Herrn Habich zu unterstützen und zumindest mit ihnen eng zu kooperieren. Sichtbar ist jedoch nur ein Kampf gegen Herrn Habich, der eine bessere Behandlung der Erwerbslosen selbst durch die Agentur völlig ungläubwürdig erscheinen lässt.
10. Die Agentur für Arbeit Neumünster hat offensichtlich Erwerbslose nicht betreut und setzt engagierte Betreuer deshalb auf die „Abschussliste“, weil sie dies kritisieren und für die Erwerbslosen zu ändern versuchen. Erfolgt anstelle von Betreuung eine Politik gegen die Erwerbslosen, muss dies allein schon von der Sache her zu Widersprüchen führen. Denn ein Verhalten gegen Erwerbslose kann mit deren Betreuung nicht vereinbar wären. Solche Vereinbarung im Sinne sozialer Betreuung der Erwerbslosen, war offensichtlich auch nicht das Ziel der Bewilligung der SAM für Herrn Habich durch die Agentur.
11. Diese Annahme legt zumindest das Schreiben an die ELIA e.V. nahe. So beschwert sich Ihre Agentur dort, dass die SOGA durch Briefe an die Leitung der Agentur für die Erwerbslosen aktiv wird. Danach hat die SOGA argumentiert: „Was passiert wenn ein Arbeitsloser alleine zum Amt geht, kann man sich an den fünf Fingern abzählen. Letzteres habe ich bei einer Begleitung eines Arbeitslosen zur Arbeitsagentur selbst miterlebt“ (Schreiben v.30.04.2004). Tatsächlich zeigt das ganze Schreiben der Agentur Neumünster bezüglich ang. nicht förderungswürdiger Tätigkeit, dass es hier nicht um Klärung berechtigter (oder auch unberechtigter) Kritikpunkte geht, sondern einzig und allein um Maßnahmen gegen Kritiker der Agentur. Wer sich innerlich nicht zerreißen will, sondern - egal in welchem Namen (ob nun SOGA oder ELIA) - Erwerbslose aktiv betreut, bei dem wird versucht durch ungerechtfertigte Gesetzesbezüge die finanzielle Existenzgrundlage zu entziehen. Für eine andere Sichtweise fehlen mir in den mir bekannten Schreiben der Agentur Neumünster leider jegliche Ansatzpunkte.
12. Es gibt darüber hinaus allerdings Ansatzpunkte für eine noch schärfere Sichtweise bezüglich des Verhaltens der Verantwortlichen der Agentur Neumünster. So veröffentlichte die „ungeliebte“ SOGA e.V. Belege, die – soweit tatsächlich echt -, zeigen würden, dass Erwerbslose durch die Agentur genötigt werden. Da Nötigung nach § 240 StGB eine strafbare Handlung darstellt, entsteht dann zwangsläufig der Eindruck, dass sämtliche Maßnahme gegen Herrn Habich und

seiner Betätigung im Rahmen der SOGA e.V. im Zusammenhang mit dem Vertuschen von Straftaten zu sehen sind.

13. Konkret sollen Erwerbslose genötigt worden sein, ihr Einverständnis zu einer Schweigepflichtentbindung ihres Arztes zu geben. Solches Vorgehen stellt immer dort eine Straftat im Sinne von § 240 StGB dar, wo fehlende Zustimmung mit Androhung von existenziellen Nachteilen, wie Verweigerung von Unterstützungszahlungen, verbunden wird. Es besteht nicht nur für Erwerbslose, sondern grundsätzlich (mit ganz wenigen Ausnahme auf höchstrichterlichen Beschluss) keine Ausnahme vom grundgesetzlichen Schutz der ärztlichen Schweigepflicht. Wer dies anders sieht, kann folglich keine verantwortliche staatliche Position bekleiden, da diese eine Vertretung des Staates im Sinne des Grundgesetzes voraussetzt.
14. Um unter Wahrung der verfassungsrechtlichen Vorgaben ggf. trotzdem ärztliche Untersuchungen anzuordnen, steht § 62 SGB I zur Verfügung, nach dem eine Mitwirkungspflicht bezüglich Gesundheitsleistungen allerdings begrenzt ist. Um die Persönlichkeitsrechte des Beziehers von Sozialleistungen zu schützen, besteht Mitwirkungspflicht nur, „soweit“ ärztliche Untersuchungen „für die Entscheidung über die Leistung erforderlich sind“. (§ 62 SGB I). Damit ist also nur der Fall gemeint, wo Sozialleistungen (inkl. Fortzahlungen des Arbeitslosengeld) für gesundheitliche Beeinträchtigung verwendet werden müssen. Bei Vorlage ärztlicher Atteste entfällt in der Regel diese Verpflichtung, weil sich aus § 62 SGB I keine Kontrollfunktion der ärztlichen Entscheidung durch Behörden ergibt. Nur in Ausnahmefällen und vor Sozialgericht, können abweichende ärztliche Befunde für die Zulässigkeit der Sozialleistung entscheidend sein. Zum Zweck der Arbeitsvermittlung ist keine Untersuchung nach § 62 SGB I erforderlich. Hier muss vielmehr nach den Kriterien der auch gesundheitlichen Zumutbarkeit verfahren werden.
15. Da der das Vertrauen bei Amtsärzten auf die Kontrolle sachgerechter und berechtigter Sozialleistungsvergabe beruht, der Hausarzt dagegen umfassend der Gesundheit des Patienten verpflichtet ist, besagt ein amtsärztliches Gutachten sowie so nicht abschließend, ob eine Arbeitsanforderung gesundheitlich wirklich zumutbar ist. Besonders amtsärztliche psychologische Gutachten dürfen sich ausschließlich auf die Diagnose psychischer Erkrankungen beschränken und keine die Persönlichkeit verletzenden Elemente enthalten sowie diese unterstützen. Amtsärztliche Ermittlung von Charaktereigenschaften oder zur Bestätigung vermuteter Charaktereigenschaften (z.B. „Faulheit“) sind verfassungswidrig und deren zwangsweise Durchsetzung entsprechend strafbar. Wer dies von Amtswegen gegenüber Hilfesuchende anders darstellt, verletzt bereits die von staatlichen Stellen geforderte Bindung an Sozialrecht (vgl. § 13 - § 15 SGB I). Das Sozialrecht ist die gesetzliche Basis, auf welcher Ihre Agentur allein tätig werden und Mitwirkungspflichten geltend machen kann. Entsprechend stellen alle Versuche eine Pflichtverletzung der auf dieser Grundlage tätigen staatlichen (oder im Auftrag des Staates tätigen) Stellen dar, die in Richtung Disziplinierung, Erziehung oder in anderer Weise einen Eingriff in geschützte Persönlichkeitsrechte beinhalten, die nur im Rahmen des Strafrechtes möglich sind.
16. Nach den mir vorliegenden Unterlagen versuchte die Agentur Neumünster nicht nur die Unkenntnis der Hilfe suchenden Erwerbslosen über ihre Rechte auszunutzen und legte für ärztliche Untersuchungen keine ausreichende Sachbegründung vor, sondern nötigte Erwerbslose sogar. Bei Nötigung ist übrigens bereits der Versuch strafbar, was bedeutet, dass auch ein nachträgliches Absehen von zuvor angedrohter Leistungskürzung bei Weigerung sich mit einer Schweigepflichtentbindung des Arztes einverstanden zu erklären, als Straftat nach § 240 StGB gesehen werden kann.

Zusammengefasst ergibt sich für mich ein rundes und zugleich völlig unakzeptables Bild Ihrer Agentur, was bis zu Konflikten mit dem Strafrecht reicht. Wie gesagt, lasse ich mich gerne belehren, allerdings dann bitte mit wirklich überzeugenden Argumenten und Nachweisen. Auf keinen Fall sind im staatlichen Auftrag tätige Agenturen für Arbeit akzeptabel, welche grundgesetzwidriges Verhalten gegen Erwerbslose praktizieren. Die Einstellung der SAM- Zahlung für Herrn Jürgen Habich sollten Sie deshalb umgehend zurücknehmen. Sie können diese im Übrigen immer noch durchführen, wenn Sie deren Berechtigung wirklich nachweisen können. Für eine Antwort Ihrerseits merke ich mir den 30. Juni als Stichtag vor.

Mit freundlichen Grüßen

(Armin Kamrad)